



Nationales Forum Energiewende Dezember 2012

Eine gemeinsame Initiative
von BDEW und WWF Deutschland

1. Die Ausgangslage

Mit der Verabschiedung des Energiekonzepts im Herbst 2010 und den Beschlüssen von Bundestag und Bundesrat am 6. Juni bzw. 8. Juli 2011 wurde in Deutschland ein signifikanter Paradigmenwechsel in der Energiepolitik vollzogen.

Bis zum Jahr 2022 sollen die deutschen Kernkraftwerke vom Netz gehen, bis 2050 sollen die Treibhausgasemissionen in Deutschland um 80 % bis 95 % sinken, die Erneuerbaren Energien drastisch ausgebaut und die Energieeffizienz signifikant gesteigert werden. Mit der Umsetzung der gesteckten Ziele, soll auch ein Modell für eine sichere, bezahlbare und klimafreundliche Energieversorgung entwickelt werden mit großer Ausstrahlungskraft ins europäische und außer-europäische Ausland. Die Beschlüsse im Jahr 2011 wurden nicht nur von einer Regierungskoalition verabschiedet, sondern über Parteigrenzen hinweg getragen und von der überwältigenden Mehrheit der Gesellschaft unterstützt. Für das Gelingen dieses Vorhabens ist es notwendig, das hohe politische Momentum und die breite gesellschaftspolitische Unterstützung beizubehalten. Der eingeschlagene Weg ist unumkehrbar. Führt er zum Ziel, kann er auch für andere Länder attraktiv sein. Ein Scheitern der Energiewende dagegen hätte weit über Deutschland hinaus gravierende Folgen für eine Umwelt-, Klima- und innovatorientierte Industriepolitik, die den globalen Herausforderungen gerecht wird.

In den kommenden Jahren müssen eine Vielzahl von einzelnen Hemmnissen und Herausforderungen überwunden sowie eine Reihe strategischer und situativer Probleme gelöst werden, um die gesteckten Ziele der Energiewende zu erreichen.

Es zeigt sich, dass die Unterstützung für den eingeschlagenen Weg durch die Bevölkerung sowie signifikante Teile von Wirtschaft und Interessenorganisationen zwar breit ist, dies aber keinesfalls bedeutet, dass die Realisierung des Vorhabens ein Selbstläufer sein wird. Die Umsetzung der formulierten Politikziele wird ohne einen Kompass mit einem frühzeitigen und umfassenden, strategisch angelegten Themen-Scouting, ohne eine aktive Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger, ohne eine gut funktionierende Kommunikation und ohne eine systemische Anbindung an die Diskussionen im Ausland nur schwer gelingen. Diese Aufgabe ist so groß, dass sie nicht allein von Politik geschultert werden kann. Sie bedarf des dauerhaften zivilgesellschaftlichen Engagements der Bürgerinnen und Bürger.

Die Ethik-Kommission greift in ihrem Abschluss-Bericht vom 30. Mai 2011 einige der hier aufgeführten Aspekte auf und schlägt u.a. die Etablierung eines **Nationalen Forum Energiewende** vor.

„Das Nationale Forum Energiewende organisiert den öffentlichen Diskurs zur Energiewende. Daran können sich alle Interessierten und Betroffenen beteiligen. Die Veranstaltungen sind in der Regel öffentlich; Transparenz ist oberstes Gebot. Zu diesem Zweck muss ein geeigneter Träger gefunden oder geschaffen werden. Er soll die Anregungen und Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger aufgreifen und den politisch Verantwortlichen zuleiten. Das Forum soll den Austausch von Argumenten für die Energiewende ermöglichen, neue Vorschläge und Fragen sowie neue Lösungsansätze aufgreifen und zur Diskussion stellen. Partizipative Szenarien und andere, auf Beteiligung abstellende Methoden sollten Anwendung finden. Hierfür bietet das Instrument der Bürgerdialoge einen geeigneten Raum.“

Dieser Vorschlag der Ethik-Kommission soll im vorliegenden Papier aufgegriffen, auf Grundlage der darüber hinaus gehenden Erkenntnisse seit dem Frühjahr 2011 erweitert und mit einem konkreten Vorschlag operationalisiert werden.

2. Das Nationale Forum Energiewende

2.1. Die Herausforderung

Die Energiewende ist ein Generationenprojekt. Es werden in den kommenden Jahrzehnten Herausforderungen auf uns zu kommen, für die innovative Konzepte und Lösungen entwickelt werden müssen. Die energiepolitischen Beschlüssen des vergangenen Jahres haben den Blick frei gemacht auf diese neuen Herausforderungen.

Neue Infrastrukturen, Erneuerbare Energien und Reserve-Kraftwerke, aber auch Netze und Energiespeicher müssen forciert ausgebaut werden. Erneuerbare Energien sind das leitende System der Zukunft. Sie müssen mehr als zuvor in die Lage versetzt werden, Systemdienstleistungen und Verantwortung für die Versorgungssicherheit zu übernehmen. Das Strommarktdesign wird verändert und das Zusammenwachsen der europäischen Märkte für Strom und Gas gesteuert werden müssen. Aus einigen hundert Energie-Einspeisepunkten werden Millionen. Energieversorgung wird komplex und von vielen 100 000 Akteuren getragen. Die Vielfalt der Akteure ist immens. Große international agierende Unternehmen, kleine, mittelständische Unternehmen, Stadtwerke und Genossenschaften und viele, viele Bürgerinnen und Bürger. Sie alle müssen in eine Richtung arbeiten, sie alle brauchen ein Forum, in dem der Dialog über die nächsten Schritte verlässlich und im Vertrauen auf einander durchgeführt werden kann. Den Bürgerinnen und Bürgern muss es möglich sein, die Komplexität nachzuvollziehen, die Chancen für Partizipation und Gestaltung zu erkennen und ihre eigene Rolle auf dem Weg zur nahezu vollständigen Vermeidung von CO₂-Emissionen anzunehmen.

Nur wenn es gelingt, den engen Schulterschluss trotz aller Verschiedenheit der Akteure beim Umbau der Energieversorgung beizubehalten werden wir über die lange Zeit, die wir für die Umstellung des Energieversorgungssystems brauchen Erfolg haben.

Auch die Blockaden bei der Erschließung der vielfältigen Energieeffizienzpotenziale müssen abgebaut werden. Dies betrifft mangelnde finanzielle Anreize, unzureichende gesetzgeberische Leitplanken oder auch unzureichende Kenntnisse der Anwender. Wichtige Vorhaben wie die Gebäudesanierung sind bisher mit zu wenig finanziellen Ressourcen ausgestattet, Energieeffizienzmärkte entwickeln sich nur ungenügend. Viele Ideen und Vorschläge sind besser als wenige Ideen für die Sanierung von Gebäuden, die Schaffung von Märkten für Energieeffizienz und neue Strukturen zur stärkeren Nutzung der Erneuerbaren Energien im Wärmemarkt müssen in den kommenden Jahren viel stärker als bisher in das Zentrum der energiepolitischen Debatte kommen.

Dialog und Teilhabe sind die Mittel der Wahl um Akzeptanz für die Projekte zu erlangen, die für die Energiewende von großer Bedeutung sind. Das gilt für Pumpspeicherkraftwerke, neue Stromtrassen oder andere Energie-Infrastrukturvorhaben. Ein gemeinsames Forum wird helfen, um schnell, systematisch und umfassend mit den Betroffenen vor Ort, aber auch auf der strategischen Ebene effektive Lösungen entwickeln zu können und Hindernisse abzubauen.

Bisher wurde die Energiewende im europäischen wie auch im außereuropäischen Raum oftmals verzerrt dargestellt. Kommunikative Botschaften ins Ausland und die Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern finden – wenn überhaupt – nur zufällig statt. Dabei gibt es viele, die sehr interessiert sind, wie wir in Deutschland die Energiewende organisieren, die mit uns den Dialog und Austausch suchen, den auch wir für den weiteren Fortschritt brauchen. Neben dem intensiven Dialog und Austausch mit den Akteuren im Inland kann das Schaffen fester Ansprechpartner für Interessenten aus anderen Ländern helfen, Informatio-

nen bereit zu stellen, für Ideen zu werben und Vertrauen bei anderen Ländern in der EU und außerhalb schaffen, dass der Weg, den wir gegangen sind zu unserem gemeinsamen Ziel führt. Die Diskussion der Energiewende aus einer EU-Perspektive erfolgt derzeit kaum.

Auf Grund der hier skizzierten Herausforderungen wird deshalb vorgeschlagen, den beschriebenen Herausforderungen mit der Gründung des von der Ethik-Kommission angeregten Nationalen Forums Energiewende (NFE) und damit über einen umfassend abgelegten und institutionell breit verankerten Ansatz zu begegnen.

2.2. Die Konzeption

Das Nationale Forum Energiewende erhält die Aufgabe, die wichtigsten Akteure zusammen zu bringen. Mit dem Ziel, Herausforderungen rechtzeitig zu erkennen, sie anzugehen und in den Fokus der gemeinsamen Arbeit zu stellen, so dass sie sich nicht als signifikante Hemmnisse für den Fortschritt der Energiewende ausprägen können.

Für diese Arbeit und um das für diese Arbeit nötige Vertrauen zu schaffen, braucht das NFE ein starkes offizielles nationales Mandat, aber gleichzeitig auch eine tiefe Verankerung in der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Politik im Bund, in den Ländern und in den Städten und Gemeinden. Wir schlagen deshalb vor, die Gründung dieses Forums mit einem Beschluss des Deutschen Bundestages zu begleiten. Das Nationale Forum Energiewende soll als glaubwürdiger Makler zwischen den verschiedenen Teilen der Gesellschaft vermitteln. Gerade die starke Ausdehnung in die Zivilgesellschaft soll eines der prägenden Elemente des NFE sein. Es darf nicht zwischen die Mühlsteine der Konkurrenz einzelner Ministerien und Interessen geraten, es soll stattdessen dort, wo diese Mühlsteine als Last erscheinen, helfen, gemeinsame Wege aufzuzeigen. Das NFE soll nicht parallel zu anderen Einrichtungen Fragestellungen der Energiewende bearbeiten, sondern andere Organisationen bei Bedarf unterstützen. Es kann Plattform sein und Fäden zusammenführen.

Das „Nationale Forum Energiewende“ soll sechs Aufgaben wahrnehmen und zentrale Kompetenzen bündeln:

Der Kompass: Die Richtung halten

Ein Ziel erreicht man nur durch eine kontinuierliche Überprüfung des eingeschlagenen Weges. Durch einen Kompass, den man regelmäßig zur Hand nehmen muss. Dabei ist die Geschwindigkeit des Umgestaltungsprozesses mit Blick auf den avisierten Zeithorizont 2050, eng verknüpft mit den Teilzielen für das Jahr 2020. Im Vordergrund steht dabei, den von der Bundesregierung beschlossenen Monitoringprozess transparent zu begleiten, wichtige Stakeholder sowie die breite Öffentlichkeit einzubeziehen und zu einer offenen Diskussion über den eingeschlagenen Weg einzuladen. So wie der Monitoringprozess der Bundesregierung jährlich Ergebnisse vorlegen soll, so soll auch das NFE in Form eines jährlichen Energiewende-Kongresses in Berlin, in dessen Rahmen eine Bestandsaufnahme über die Zielerreichung der Energiewende und der Arbeit des NFE vorgenommen wird, diskutieren. Die Ergebnisse und mögliche Anpassungsmaßnahmen sollen durch Publikationen und Internet-Auftritte, aber auch durch die am NFE mitwirkenden Organisationen breit in die Öffentlichkeit getragen werden.

Die Plattform: Neue Instrumente verfügbar machen

Um die Energiewende erfolgreich umzusetzen, müssen neue Fragestellungen bei der Gestaltung des energiepolitischen Rahmens identifiziert und erfolgreich bearbeitet werden. Dies betrifft z.B. die Notwendigkeit, ein neues Marktdesign für einen durch Erneuerbare Energien dominierten Strommarkt zu konzipieren, oder neue (Finanz-) Instrumente zu entwickeln, um das Ziel eines klimaneutralen Gebäudebestands 2050 tatsächlich zu erreichen. Viele Akteure arbeiten an diesen Fragestellungen, kaum aber werden deren Ergebnisse klar erkennbar zusammen geführt und einem breitem Publikum zur Diskussion zur Verfügung gestellt. Dabei geht viel Wissen verloren und damit Zeit. Hierfür wird eine Plattform gebildet, die die wichtigen Akteure strukturiert einbezieht und verschiedene Optionen vorstellt und ggfls. auch selbst erarbeitet, wie die Energiewendeziele erreicht bzw. aktuell auftretende Probleme gelöst werden können. Diese möglichen Lösungsansätze sollen dann den jeweils betroffenen Entscheidungsinstanzen als Ideenansätze und Handlungsoptionen vorgestellt werden. Hierfür wird das NFE die Ergebnisse der Diskussionen in den relevanten wissenschaftlichen Communities aufbereiten und zur Diskussion stellen. Das NFE kann und soll darüber hinaus Kooperationen und Netzwerke der Zusammenarbeit initiieren, insbesondere mit wissenschaftlichen Einrichtungen und den Interessenverbänden der Städte und Gemeinden, der energiewirtschaftlichen Agenturen und Experten-Netzwerke.

Das gemeinsame Werk: Bund, Länder und Kommunen tauschen sich aus

Sechzehn landesspezifische Energiekonzepte, viele hundert Initiativen in den Städten und Gemeinden sollen ein Ganzes werden. Hierzu bedarf ausreichend Raum für Austausch und Abstimmung über die grundsätzliche Ausrichtung der gemeinsamen Aktivitäten. Wenn jeder nur seine Ziele isoliert verfolgt, wird die Energiewende nicht gelingen. Gegenwärtig stellen wir fest, dass es auf den unterschiedlichen Ebenen zwar eine große Zahl von Plänen und Initiativen gibt, der Austausch untereinander findet aber allenfalls in sehr detaillierten Auseinandersetzungen zwischen Bund und Ländern und in wenigen ausgewählten Einzelaktionen und Netzwerken statt. Außerhalb von Debatten über konkrete Gesetzgebungspakete im Bundesrat bedarf es Raum für Diskussionen zwischen Bund und insbesondere den Bundesländern, damit nicht mangelnder Gemeinschaftssinn beim historischen Gemeinschaftsprojekt Energiewende zum Scheitern führt. Das NFE kann diesen Raum bieten und damit einen besonderen Mehrwert für die weitere Entwicklung leisten.

Der Wegweiser: Barrieren beseitigen, Bürger beteiligen,

Der Umbau des Energiesystems hin zu Erneuerbaren Energien wird sehr stark davon beeinträchtigt, dass absehbar zu wenige Netze zum großräumigen Transport bzw. zur Verteilung und Integration der wachsenden Menge von Strom aus erneuerbaren Quellen zur Verfügung stehen werden. Zu den Hindernissen für den Bau neuer Netze gehört der Widerstand von lokalen Bürgerinitiativen (BI) vor Ort, die nicht ausreichenden Anreize für die Netzbetreiber zur Errichtung bzw. Anpassung von Leitungssystemen und andere regulatorische Hemmnisse, manchmal aber auch nicht ausreichende Informationen oder Mitwirkungsoptionen.

Augenblicklich erfassen zwar manche Umweltverbände die Motivationslage der einzelnen BIs, sie konzentrieren sich aber oft auf Einzelfall-Lösungen. Entsprechend wichtig wäre es aber, eine Art Mapping der einzelnen Problemlagen und BI-Positionierungen zu erstellen, die

Motivationslagen der verschiedenen Gruppen zu analysieren und gemeinsam Lösungsmuster für die verschiedenen Problemlagen aufzuzeigen. Gerade die Ablehnungsgründe der BIs mit Blick auf Infrastrukturprojekte wiederholen sich nach bisherigen Erfahrungen häufig. Deshalb ist es wichtig, erfolgreiche Lösungen auf vergleichbare Fälle zu adaptieren, nicht immer wieder „das Rad neu zu erfinden“. Die Lösungswege aus einem Fall sollen mit anderen BIs diskutiert werden. Wichtig ist dabei ein integrierter Ansatz, um Juristen, Umweltverbände, Sachverständige etc. und BIs in denunziationsfreien Settings zusammen zu bringen. Mit solch einem Modell können Bürgerinnen und Bürger vor Ort intensiver eingebunden, hoffentlich kompetenter beraten und dann bessere und schnellere Lösungen gefunden werden.

Die Kommunikation: Positive Botschaften senden und Beteiligte mitnehmen

Es gibt in der Öffentlichkeit ein großes Informationsbedürfnis zum Thema „Energiewende“, das von den betroffenen Institutionen bisher nicht ausreichend befriedigt werden konnte.

So gibt es unzählige Referenten- und Podiumsdiskussionsanfragen aus ganz Deutschland, für die kein „Energiewende-Vertreter“ gewonnen werden kann. Oftmals werden Schwierigkeiten, die voraussehbar waren in der Öffentlichkeit zu unüberwindbaren Problemen stilisiert. Andererseits werden oftmals Herausforderungen, die Kraft kosten heruntergespielt.

Das NFE soll helfen, für die Öffentlichkeit ein realistisches Bild des Standes der Energiewende zu schaffen. Hierzu gehört es, bundesweit Präsenz zu zeigen, Informationen zu den Fortschritten der Energiewende für verschiedene Zielgruppen geeignet medial aufzubereiten und insgesamt bei allen Fragen der Bevölkerung und der Presse rund um das Thema „Energiewende“ einen offenen und kompetenten Ansprechpartner zu etablieren. Dazu gehören auch Informationen und Dokumentationen, die sich nicht mit einfachen Schlagzeilen begnügen, sondern Licht in die Hintergründe bringen wollen. Auch gute Nachrichten müssen Beachtung finden. Dort, wo es gelingt, Menschen und Positionen zusammen zu bringen, soll dies auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Auch hier kann das NFE als Plattform Kontakte und Materialien für viele zugänglich und bekannt machen.

Die Verbindung nach Europa und ins außereuropäische Ausland: Ausländische Partner informieren und einbinden, Investoren interessieren und europäische Einbettung sichern

Im Ausland wird die deutsche „Energiewende“ – der Begriff wurde mittlerweile auch ins Englische übernommen – mit größtem Interesse verfolgt.

Dies betrifft zunächst die reinen Fakten. Die Entwicklung des Strompreises, den Energieträgermix oder auch die Veränderungen des Im- und Exports von Strom (hierzu zirkulieren derzeit viele falsche Informationen).

Darüber hinaus besteht aber auch ein sehr großes Interesse, selbst in die neuen Technologien in Deutschland zu investieren. Dieses Interesse sollte nicht unbeantwortet bleiben. Eine Informationsoffensive über die Entwicklungen in Deutschland, die Zuversicht und Vertrauen verbreitet und Grundlage für neue Partnerschaften sein kann, ist längst überfällig.

Gerade bei Staaten, die für sich selbst neue energiepolitische Leitlinien formulieren möchten, ist das Interesse besonders immens. Der Bedarf an Informationsmaterialien ist groß. Viel

gäbe es hier noch zu entwickeln. Ausländische Besuchsdelegationen suchen zahlreich Ansprechpartner, viele Einladungen an Akteure der deutschen Energiepolitik werden ausgesprochen. Bei alledem würde eine zentrale Anlaufstelle helfen können.

Schließlich ist die europäische Einbettung der Energiewende bisher aus der deutschen wie auch der europäischen Perspektive nur höchst unzureichend thematisiert worden. Hier müssen systematisch Austausch- und Verständigungsprozesse initiiert und aufrecht erhalten werden, die sich einerseits der Frage widmen, wie die Energiewende in Deutschland auch im Kontext des europäischen Binnenmarkts und der Regulierung im EU-Rahmen abgesichert werden kann, andererseits aber auch die Fruchtbarmachung deutscher Erfahrungen bei der Energiewende für die EU als eigenständiges Ziel verfolgen.

2.3. Organisatorische Struktur des Nationalen Forum Energiewende

Das Nationale Forum Energiewende (NFE) soll aus fünf Organen bestehen:

- dem Präsidenten oder der Präsidentin
- der Geschäftsstelle,
- dem Aufsichtsrat,
- einem Beirat und
- einem wissenschaftlichen Kuratorium.

Der/die Präsident/in ist ehrenamtlich tätig und soll als „Kopf und Gesicht des NFE“ die Grundidee des NFE und der Energiewende repräsentieren. Vorgeschlagen wird, hierfür eine anerkannte Person des öffentlichen Lebens mit hoher Integrationskraft zu gewinnen. Der Präsident/die Präsidentin hat keine operative Verantwortung.

Die Geschäftsstelle ist zuständig für die operativen Tätigkeiten und besteht aus der Geschäftsführung (1-2 Personen; aufgrund der Notwendigkeit einer großen Präsenz des NFE in der bundesweiten Öffentlichkeit ist eine doppelte Geschäftsführung spätestens ab dem 2. Jahr gerechtfertigt) und ca. 25-30 MitarbeiterInnen. Die GeschäftsführerInnen sind operativ für das NFE verantwortlich. Ihre Verträge werden auf Basis von Zielvereinbarungen durch den AR geschlossen. Die Rechts- und Personalaufsicht liegt beim AR. Insgesamt sollen fünf Referate mit durchschnittlich 5-6 MitarbeiterInnen eingerichtet werden:

1. Referat 1: Plattform/Kompass
2. Referat 2: Bürgerdialog/ Dialog mit Betroffenen vor Ort
3. Referat 3: Das gemeinsame Werk: Bund, Länder und Kommunen
4. Referat 4: Kommunikation
5. Referat 5: Ausland
6. Referat 6: Verwaltung, IT, Sekretariat

Es soll ein **12 köpfiger Aufsichtsrat** gegründet werden, der neben der Personalverantwortung für die Geschäftsführer dafür zuständig sein wird, die Leitlinien und das Arbeitsprogramm des NFE zu beschließen sowie die Fortschrittskontrolle zu übernehmen. Es soll sich um ein hochkarätiges Gremium handeln, dessen Vertreter aus den unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen kommen. Vorsitzender des Aufsichtsrats ist der/die Präsident/in. Es wird vorgeschlagen Mitglieder der Ethik-Kommission, namhafte Repräsentanten aus den Bereichen Umwelt, Energiewirtschaft (BDEW) und Industrie, Vertreter eines Netzbetreibers oder den Vorsitzenden der BNetzA, Vertreter des Parlaments sowie hochrangige Vertreter der Gewerkschaften und des Kanzleramtes zu berufen. Auch die Einbindung von Städtetag oder Städte- und Gemeindebund ist an dieser Stelle wünschenswert. Der Aufsichtsrat tagt einmal jährlich.

Der **Beirat** soll DIE Schnittstelle des NFE zu den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen sein. Mitglieder sollen Vertreter aus lokalen Bürgerinitiativen, Verbänden, den zuständigen Ministerien, der Wissenschaft, der Unternehmen und auch der Parlamentarier sein. Der Beirat soll die Plattform für einen offenen, transparenten Austausch hinsichtlich aller relevanten Akteure sein.

Begleitend könnte ein **Wissenschaftliches Kuratorium** etabliert werden, das die Verbindung des NFE zur Wissenschaft sichert und das das wissenschaftliche Niveau der Diskussionen im NFE mit dem Fokus auf einem interdisziplinären Ansatz garantiert. Studien des NFE werden einem peer review durch das Wissenschaftliche Kuratorium unterzogen. Als Rechtsform des NFE wird die Gründung einer Stiftung vorgeschlagen.

Organisationsstruktur „Nationale Forum Energiewende“

